

Red Newsletter 292

Informationsdienst des ArbeiterInnenstandpunkt, 24. September 2007

Inhalt

- (1) Kundgebung am Sonntag, 30.9.: Hände weg vom Iran!
- (2) Demonstration gegen Repression in Berlin/Deutschland
- (3) Veranstaltung am Freitag, 28. September, 18 Uhr: Was steckt hinter der anti-islamischen Hetze?
- (4) 12./13. Oktober: Symposium zur Oktoberrevolution 1917
- (5) Termine
- (6) Kontakt

Website des ArbeiterInnenstandpunkt:

www.arbeiterinnenstandpunkt.net

Hände weg vom Iran!

Proamerikanische Kundgebung für Krieg gegen den Iran am 30.9. - Gegenkundgebung geplant

Presseaussendung des ArbeiterInnenstandpunkt und der Jugendorganisation REVOLUTION, 2007-09-24

Am Sonntag, 30.9. organisieren das „anti-nationale“ Café Critique und die Israelitische Kultusgemeinde eine Kundgebung in Wien, in der sie für eine massive Verschärfung des Vorgehens gegen den Iran eintreten. In ihrem Aufruf fordert Café Critique den Westen auf, „mit der militärischen Zerstörung des iranischen Atomprogramms nicht nur drohen, sondern sie auch durchführen“.

Seit Jahren leiden die Völker des Nahe Osten unter Krieg und Besatzung, den ihnen die USA, Israel und ihre Verbündeten aufzwingen. Auch wenn wir keinerlei politische Sympathien für das Regime in Teheran hegen, treten wir ohne Wenn und Aber gegen Sanktionen oder gar einen neuerlichen Krieg im Nahen Osten auf. Umfassende Wirtschaftssanktionen, wie sie nun von den Kriegstreibern gefordert werden, haben im Irak zwischen 1991 und 2003 1,5 Millionen Menschenleben – darunter 500.000 Kinder – gefordert. Ein Angriffskrieg der USA und/oder Israels könnte zu einer massiven Zerstörung der Infrastruktur mit dramatischen langfristigen Folgen für die Bevölkerung führen.

Wir protestieren auf das Schärfste gegen die Kriegstreiber-Demo am 30.9. und haben bereits eine Gegenkundgebung organisiert. Es ist eine Schande, daß auf der pro-amerikanischen Kundgebung auch der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), Ariel Muzicant, sprechen wird. Schon in den letzten Wochen hat er mit seinen öffentlichen Anspielungen auf „hunderte und tausende al-Kaida-Sympathisanten in Österreich“ – eine Diktion, die unangenehme Assoziationen mit FPÖ-Strache erweckt – zur Verschärfung des rassistischen Klimas beigetragen.

Der ArbeiterInnenstandpunkt und die Jugendorganisation REVOLUTION treten ein für:

- * Hände weg vom Iran! Kein Krieg und keine Sanktionen gegen den Iran!
- * Nein zu Krieg und Besatzung im Nahen Osten durch die USA, NATO und Israel! Solidarität mit dem Widerstand der unterdrückten Völker in Irak, Afghanistan, Palästina und Libanon!
- * Widerstand gegen die rassistische und anti-islamische Hetze in Österreich!

Kundgebung: Stoppt die Anti-Islam-Hetze! Kein Krieg gegen den Iran! Hände weg von Gaza - Freiheit für Palästina!

Sonntag, 30.9. 17:30, Stephansplatz, Wien

Demonstration gegen Repression in Berlin/Deutschland: Polizeiprovokationen gegen Linke

(aus: ARBEITERMACHT-INFOMAIL, Nr. 325, 24. September 2007; Infomail von ARBEITERMACHT, deutsche Schwesterorganisation des ArbeiterInnenstandpunkt)

Rund 15.000 demonstrierten am 22. Oktober gegen die Verschärfung der „Sicherheitsgesetze“ durch die Bundesregierung. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von bürgerlichen Parteien wie FDP und Grünen, über die LINKE, solid, Gewerkschaften, attac, Datenschützern bis hin zu Sozialbündnissen, Ärzteorganisationen usw.

Das Gros der TeilnehmerInnen wurde jedoch nicht von diesen Organisationen, sondern von der radikalen Linken, vor allem von Jugendlichen gestellt.

So war der Block des Bündnisses „No Justice – no peace! Kein Friede mit dem deutschen Polizeistaat“ (auf den in den Medien als „Schwarzer Block“ Bezug genommen wird, in dem aber neben autonomen, antifaschistischen, linksradikalen, auch kommunistische und sozialistische Gruppierungen, darunter auch Arbeitermacht und REVOLUTION teilnahmen) nicht nur kämpferischste und linkeste, sondern auch der deutlich größte.

Den zweitgrößten Block stellte das MayDay-Bündnis. Mit einigen Hundert waren auch noch die LINKE/Solid, die „Hedonistische Linke“ sowie Ärztevereinigungen vertreten. Von den Grünen und der FDP war außer ein paar Fahnen nichts zu sehen.

Freilich: wer die Masse mobilisiert und wer reden darf, sind zwei verschiedene Dinge. Wie auch der offizielle Bündnisaufruf - den richtigerweise auch keine Gruppierung des „Kein Friede“-Bündnis unterzeichnet hatte - konzentrierten, ja beschränkten sich die Reden auf die Einschränkung demokratischer Individualrechte (Online-Überwachung etc.). Zentrale Elemente der Angriffe – die politische Repression, das neue BKA-Gesetz, die Paragraphen 129 a und b, die politischen Gefangenen in der BRD, die rassistischen, anti-islamischen Gesetzesvorhaben und die Angriffe auf das Streikrecht spielten im „Bürgeraufruf“ keine oder nur eine Neben-Rolle.

Kein Wunder, denn Teile der aufrufenden Parteien – so FDP und Grüne haben an der Regierung selbst Notstandsgesetze angewandt oder den „Krieg gegen den Terror“ eingeläutet.

Die LINKE hat es auf Bundesebene noch nicht so weit gebracht. In Brandenburg hat sie einem der repressivsten Polizeigesetze Deutschlands zugestimmt und in Berlin verhandelt sie gerade mit der SPD über neue Polizeigesetze. Auch die von der Linkspartei vor Eintritt in den Berliner Senat versprochene Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten ist nichts als heiße Luft.

Die Hauptkritik der meisten RednerInnen richtete sich gegen die Regierung, jedoch nicht grundsätzlich, sondern weil diese ihre Maßnahmen - Repression, Kampf gegen den „Terrorismus“, mehr Sicherheit usw. - überziehe. Etliche RedenerInnen stimmten diesen Maßnahmen partiell zu, lehnten aber „überzogene Maßnahmen“ ab – denn diese tun dem Mittelstand, dem „aufgeklärten Bürger“ eventuell weh. Auf der Abschlusskundgebung wurde dann auch allen Ernstes erklärt, dass der Staat zwar keine Online-Überwachung wohl aber mehr Polizisten brauche!

Schon im Vorfeld hat sich der Eindruck aufgedrängt, dass zu linke und kämpferische DemonstrantInnen unerwünscht sind. So enthielt schon der Leitfaden für die Ordner eigene Instruktionen zum Umgang mit „Störenden“ aus der Demo.

Die Bullenprovokationen

Die Polizei ließ sich natürlich von „Mediationsrunden“ mit Veranstaltern und anderen nicht beeindrucken. Sie setzte auf Repression. Schon auf dem Weg zum Pariser Platz, dem Ort der Auftaktkundgebung, wurden massive Vorkontrollen durchgeführt, v.a. bei Jugendlichen.

Als sich die Demonstration formierte, drängten Polizeiketten in die Demo – nicht zufällig dort, wo sich die kämpferischsten Teile der Demo sammelten. Hunderte DemonstrantInnen wurden eingekesselt. Durch Kettenbildung konnte diese Provokation jedoch abgewehrt werden.

Die Repression und Provokationen der Bullen setzten sich während der gesamten Demonstration fort und waren gezielt gegen den „Kein Frieden“-Block gerichtet. Praktisch während der gesamten Demo – vor allem aber beim Rückweg von der Zwischenkundgebung – liefen auf beiden Seiten des Blocks mehrere lange und dichte Polizeiketten.

Mehrfach wurde der Block, v.a. die Spitze mehrmals mit CS-Gas und Prügeleinheiten angegriffen. Mehrere TeilnehmerInnen wurden festgenommen.

Um zu illustrieren, wie eindeutig die Angriffe von der Polizei ausgingen, wollen wir auf einen bezeichnenden Angriff auf dem Rückweg der Demo eingehen. Als sich der Block dem Bebelplatz und dem dortigen Mahnmal zum Gedenken an die Bücherverbrennung näherte, forderte der Lautsprecherwagen den Block auf, zum Gedenken an die Opfer des Faschismus ruhig und ohne Parolen am Platz vorbeizuziehen. Just in diesem Augenblick lancierte die Polizei den massivsten Angriff auf den Block!

Ermutigend war jedoch ohne Zweifel, dass sich an diesem Block ein sehr breites Spektrum der „radikalen Linken“ beteiligte und solidarisch in Ketten die Angriffe abwehrte. Das muss eindeutig als Erfolg bewertet werden! Aufgrund der massiven Provokationen und der Einkesselung löste der „Kein Frieden“-Block sich vor Demoende auf Höhe der Friedrichstraße auf. Diese Maßnahme war taktisch richtig, da weitere Provokationen am Pariser Platz bis hin zur Einkesselung zu befürchten waren und so das Gros der Demo verhältnismäßig sicher abziehen konnte.

Er war auch richtig, weil sich ein Teil des offiziellen Demobündnisses, d.h. alle Teile, die vor diesem Block liefen, sich während der Demo unsolidarisch verhalten hatten. Als der Block z.B. am Schlossplatz angegriffen wurde, zog die Demospitze – in der u.a. die Fahnenträger der LINKEN, Ärztevereinigungen, div. bürgerliche Kräfte wie Grüne und FDP liefen – einfach weiter.

Noch blamabler als das Auftreten dieser Kräfte war allerdings das der Gewerkschaften. So hatten ver.di Berlin und andere Gewerkschaften zwar die Demo unterstützt, von einer Mobilisierung oder gar sichtbaren gewerkschaftlichen Teilnahme, geschweige denn ein Stellung nehmen zu den Angriffen auf Gewerkschaftsrechte als Teil zunehmender Repression war nichts zu merken!

Einige Schlussfolgerungen

Die Demonstration hat gezeigt, dass im Kampf gegen Repression Tausende, v.a. Jugendliche auf die Straße gehen, ja gehen wollen und dass sie eine Demonstration auch gegen Bullenübergriffe verteidigen können.

Es hat sich aber auch gezeigt, wie fragwürdig, ja nutzlos und kontraproduktiv dabei solche „breiten“ Bündnisse sind, die von FDP, über Grüne, ödp, attac, die LINKE bis zu Solid usw. reichen und unter deren Führung ablaufen.

Nutzlos und kontraproduktiv nicht nur, weil der Kampf gegen staatliche Repression verwässert wird, sondern auch, weil sie im Fall von Bullen-Angriffen oder Provokationen durch die Polizei Solidarität ablehnen.

Der Kampf gegen die staatliche Repression ist eben nicht einfach eine Frage von Demokratie und Demokratieabbau, sondern letztlich eine Klassenfrage. Ihr Zweck besteht eben darin, nicht „die Demokratie“ abzuschaffen, sondern die demokratischen Rechte und errungenen Kampfmöglichkeiten alle jener einzuschränken, die eine (potentielle) Gefahr für die Sicherung bürgerlicher Herrschaft, kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Besatzung und Ausplünderung darstellen.

Daher müssen im Kampf gegen die Repression genau diese Fragen – rassistische Gesetze gegen Muslime und andere MigrantInnen, Anti-Terrorparagrafen wie 129a und Angriffe auf das Streikrecht ins Zentrum gerückt werden.

Das ist mit den Bürgerlichen nicht zu machen und auch die LINKE und die Gewerkschaften müssen da bekanntlich zum Jagen getragen werden.

Allerdings muss hier auch die „radikale Linke“ umdenken und politisch klarer werden. Denn: so zahlreich die Teilnehmen der autonomen Linken auf der Demonstration am 22. September war, so beschämend war sie auf der Demonstration gegen den Afghanistankrieg. Ganz offensichtlich wird von erheblichen Teilen der radikalen Linken und des autonomen Milieus der Zusammenhang zwischen dem Krieg nach außen und dem Krieg nach innen nicht ausreichend verstanden.

Die Linke muss selbst den Kampf gegen Repression als Teil des Klassenkampfes begreifen – und sie muss auch die zentralen Angriffe des deutschen Imperialismus zum Kern ihrer Aktivitäten machen, so muss internationalistisch, anti-kapitalistisch und anti-imperialistisch werden!

=====

ASt-Veranstaltung am 28. September: Was steckt hinter der anti-islamischen Hetze?

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Österreich - Proteste und Demonstrationen um einen Moscheebau in Wien, Verhaftung islamistischer "Terroristen" - haben wir das Thema der nächsten Veranstaltung des *ArbeiterInnenstandpunkt* geändert. Wir diskutieren daher nicht wie ursprünglich geplant über die Besatzung in Palästina, sondern über das Thema:

Was steckt hinter der anti-islamischen Hetze?

Wann: Freitag, 28.9. 18 Uhr

Wo: Amerlinghaus (Stiftgasse 8, 1070 Wien, U3 Neubaugasse)

Wir wollen dabei sowohl über die aktuellen Hintergründe der Kampagne gegen Moslems, über unsere Strategie gegen den Rassismus sowie über nächste praktische Schritte diskutieren.

=====

12./13. Oktober: Symposium zur Oktoberrevolution 1917

“Toter Hund” oder Bezugspunkt für antikapitalistische Politik?

Podiumsdiskussion mit:

- * Helmut Dahmer (Hrsg. der deutschen Ausgabe der Trotzki-Schriften)
- * Fritz Keller (Historiker, Hrsg. von "Rosa Luxemburg - Denken und Leben einer internationalen Revolutionärin")
- * Hermann Dworzak (Sozialistische Alternative)
- * Michael Pröbsting (ArbeiterInnenstandpunkt)

Seminar mit Arbeitsgruppen:

- * Wann können Linke sich an Regierungen beteiligen?
- * Einheitsfronttaktik und Sektierertum
- * Sozialistische Demokratie versus Stalinismus
- * Zum Sozialismus mittels Reformen oder Revolution?

12.10. 19.00: Podiumsdiskussion

13.10. 10.00: Seminar

Ort: Amerlinghaus, Stiftg. 8, 1070, Wien (U3 Neubaugasse)

Termine

Kundgebung zum Intifada-Jahrestag

Wann: Freitag, 28.9. 16:30

Wo: Stephansplatz, Wien

Kontaktadressen

ArbeiterInnenstandpunkt:

Stiftgasse 8, 1070 Wien

E-Mail: info@arbeiterinnenstandpunkt.net

Tel.: 0650/406 83 14

<http://www.arbeiterinnenstandpunkt.net>

Revolution

Stiftgasse 8, 1070 Wien

E-Mail: onesolutionrevolution@gmx.at

<http://www.revolution-austria.at/>

Die website der *Liga für die 5. Internationale (LFI)*: <http://www.fifthinternational.org/>

Weitere websites der *LFI*:

<http://workerspower.com/> (Britannien)

<http://www.arbeitermacht.de/> (Deutschland)

<http://www.arbetarmakt.com/> (Schweden)

<http://sop.revoluce.info> (Tschechische Republik)

Wenn Du diese Aussendungen nicht mehr erhalten willst, schick sie bitte einfach nur mit dem Betreff "Unsubscribe" zurück!